

Ewgeniy Kasakow

Bewegung versus Avantgarde? Mythologie der linken Debatten über die Russische Revolution 1917

Die linken Debatten zur Russischen Revolution folgen seit Jahrzehnten zwei konkurrierenden Paradigmen. Das erste betont vor allem die schwierigen Bedingungen, mit denen die sozialistischen Experimente konfrontiert wurden. Die Politik der Bolschewiki wird in erster Linie als Reaktion auf den widrigen Bedingungen, auf die Rückständigkeit des Russischen Reiches, die feindliche Umgebung und die durch den Krieg überlastete Infrastruktur gesehen. Das zweite Paradigma misstraut diesem Narrativ als eine indirekte Entschuldigung der diktatorischen Maßnahmen der Bolschewiki und betont demgegenüber vor allem den Kampf zwischen der bolschewistischen Partei als selbst ernannte Avantgarde und der Bewegung „von unten“. Das erste Paradigma sieht in der industriellen Unterentwicklung Russlands ein grundlegendes Problem für den Sozialismus, das zweite interpretiert sie als einen Hinweis auf die Intensität des Widerstandes gegen die kapitalistische Modernisierung. Das erste Paradigma beerbt die russischen MarxistInnen, also Bolschewiki und Menschewiki, das zweite die Narodniki („Volkstümpler“) und ihre Nachfolger, die Sozialrevolutionäre. Das erste Paradigma findet ihre Anhänger vor allem unter den LinksozialistInnen, TrotzkiistInnen und verbliebenen Anhängern der ehemaligen prosovjatischen Parteien; das zweite wird vor allem von AnarchistInnen, einige RätekommunistInnen und OperaistInnen geteilt und war in der 1960er Jahren für die ganze „antiautoritäre Linke“ prägend.

Es mag erstaunen, aber die Öffnung der Archive und die darauf folgende intensive Forschungstätigkeit nach dem Ende der Sowjetunion hat in der Debatte nur wenig Spuren hinterlassen. Viele russischsprachige Veröffentlichungen blieben unbeachtet, dagegen werden gelegentlich die Werke, die prägend für die Entstehung der Paradigmen waren, unkommentiert neu aufgelegt (z.B. Volin 2013) oder die Thesen daraus ungeprüft übernommen (Gietinger 2011).

Im Folgenden werden einige Kernargumente des zweiten Paradigmas anhand der neueren Veröffentlichungen einer Überprüfung unterzogen. Dies sollte nicht als ein Plädoyer für das erste Paradigma verstanden werden, sondern vielmehr als ein Beitrag zur Überprüfung der beiden Ansätze im Lichte sowohl der neueren

empirischen Erkenntnisse als auch der seit Jahrzehnten diskutierten Kritik an der Kapitalismusanalyse der Bolschewiki.

Die linke Kritik an dem sowjetischen Projekt ist bis heute geprägt von der Vorstellung, es ließe sich der von dem bolschewistischen Parteiapparat vertretenen autoritären Tendenz ein vermeintlicher „Sozialismus von unten“ entgegenhalten, den die breiten Bevölkerungsschichten zwar anstrebten, aber aufgrund von Repressionen der neuen Machthaber nicht verwirklichen konnten. Bei aller mehr als berechtigten Kritik sowohl an der Programmatik als auch an den Herrschaftspraktiken der Bolschewiki erscheint diese Vorstellung äußerst fragwürdig, sobald ein Blick in neu veröffentlichte Quellen und Studien geworfen wird.

Daniel Cohn-Bendit formulierte 1968 prägnant die Kritik an den leninistischen Vorstellungen von der Rolle der Kaderpartei in den Ereignissen von 1917. Seine Kritik richtete sich sowohl gegen die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung als auch gegen die im Westen gerade einen Aufschwung erlebenden TrotzkiInnen und MaoistInnen. Den AnhängerInnen Lenins aller Couleur hielt Cohn-Bendit, damals ein aufstrebender Star der antiautoritären Linken, entgegen, dass die Rolle der Bolschewiki als Avantgarde-Partei schon aufgrund der Aussagen ihrer Führer, wie Lenin und Trotzki, bezweifelt werden könnte (Cohn-Bendit 1968: 226ff.). Während die AdeptInnen der leninistischen Konzeptionen bei jeder gescheiterten Revolte die Ursachen im Fehlen der Führung einer richtigen Avantgardepartei suchten, kam Cohn-Bendit zu folgendem Fazit über die Partei der Bolschewiki 1917: „[D]ie Bewegung hat ohne ‚Führer‘ begonnen und sie hat eine Richtung genommen, die der der Führung zuwiderlief.“ (Ebd.: 228)

Die Spontaneität der „revolutionären Massen“ bildet einer der wichtigsten Gründungsmythen der radikalen Linken nach 1917 – das weltweite Aufflammen der Protestbewegungen trug stark zu seiner Zementierung bei. Die These von Cohn-Bendit wird auch von den Ergebnissen der neuesten Forschung jenseits der politischen Lagerkämpfe bestätigt. Doch gleichzeitig entlarven diese Ergebnisse auch die Idealisierung der spontanen Bewegung.

So zeichnen Vladimir Buldakov (Wladimir Buldakow) und Orlando Figes in ihren Studien, von der These ausgehend, dass die Bolschewiki nicht so sehr die Revolution vorantrieben, sondern vielmehr selbst von der revolutionären Dynamik getrieben wurden, ein Panorama der revolutionären Gewalt, das deutlich zeigt, dass die revolutionäre Gewalt „von unten“ die staatlichen Maßnahmen häufig übertraf. Nicht zufällig verlief die spontane Februarrevolution wesentlich blutiger als der generalstabmäßig vorbereitete Oktoberumsturz (vgl. Buldakow 1997; Figes 1998). Die Exzesse der Lynchjustiz, die so typisch für den Februar 1917 waren, blieben im Oktober aus.

Allein schon die Tatsache, dass die Bolschewiki an die Macht kamen, indem sie die Forderungen der Sozialrevolutionäre nach Übergabe des Bodens der Guts-

herren an die BäuerInnen übernahmen, sagt viel aus über das Verhältnis der sich selbst als Avantgarde verstehenden Partei zu den angeblich von ihr geführten Massen. Der Sturz der provisorischen Regierung fand primär unter den Slogan „Land und Frieden“ statt. Im Gegensatz zu diffusen Begriffen wie „Sozialismus“ waren es allgemein verständliche und paradoxerweise teilweise schon erfüllte Forderungen. Das Land der Gutsherren wurde von den BäuerInnen bereits im Sommer 1917 angeeignet, der Zerfallsprozess der Armee schritt schnell voran (Karsch 2006: 86). So gesehen haben die Bolschewiki mit ihren Dekreten lediglich die bereits stattgefundene Landumverteilung ins Recht gesetzt sowie an die Kriegsparteien appelliert, den Krieg zu beenden. Die Bolschewiki befanden sich in einer paradoxen Situation: Sie kamen zwar in den Genuss der Massenunterstützung, allerdings für Forderungen, die mit ihren eigentlichen Zielen nur indirekt zusammenhingen. Die Forderung nach dem Ende des Krieges war nicht genuin sozialistisch. Lediglich die Hartnäckigkeit, mit der die russischen Liberalen und gemäßigten Sozialisten den Krieg gegen die Mittelmächte nach der Februar-Revolution fortsetzen wollten, trieb die kriegsmüde Bevölkerung in die Reihen der radikalen Linken. Diese Forderung zu erfüllen, lag nur bedingt in den Händen der neuen Machthaber – wie der weitere Verlauf der Beziehungen mit den Mittelmächten gezeigt hat, sind politische Feindschaften – im Unterschied zu Freundschaften – nicht einseitig aufkündbar. Die Forderung nach der Übergabe des Landes an die BäuerInnen widersprach direkt der marxistischen Kritik am Eigentum und machte die Einrichtung einer Planwirtschaft perspektivisch unmöglich.

Die Bolschewiki, die bislang unermüdlich die Notwendigkeit der Verbreitung der marxistischen Theorie, die Schulung der Kader und die wissenschaftliche Erkenntnis betont hatten, erlebten einen rasanten politischen Aufschwung, den sie größtenteils Menschen zu verdanken hatten, die ihre Analysen kaum kannten, geschweige denn teilten.

Das wirft natürlich die Frage auf, ob in den breiten Bevölkerungsschichten eine genuin eigene, von den bolschewistischen bzw. marxistischen Vorstellungen abweichende Sozialismuskonzeption vorhanden war. Für Cohn-Bendit ist die Frage eindeutig beantwortet: „Es waren die Massen, die sich jetzt zum sozialistischen Bewusstsein ‚erhoben‘ hatten, und nicht die Partei.“ (Cohn-Bendit 1968: 234)

Der Konflikt zwischen der Avantgarde und ihrer Basis war unter diesen Umständen vorprogrammiert. Bezeichnend ist, dass die ersten Fälle der Anwendung der Todesstrafe nach dem Oktober 1917 nicht wirkliche oder vermeintliche Konterrevolutionäre, sondern Plünderer und Kriminelle betrafen. Schon im Dezember war die Situation in Petrograd geprägt von Straßenkriminalität, Überfällen auf Lebensmittellagerräume und Spirituosengeschäfte sowie Lynchjustiz (Buldakov 1997: 224f.). Noch lange bevor sich die bewaffnete Konterrevolution

zu einem relevanten Problem entwickelte, griff die neue Regierung zu drastischen Maßnahmen gegen Ladenplünderer. Nachdem die Macht nun offiziell bei den Räten lag, wurden die Überfälle auf die Brotdepots nicht mehr als sozialer Protest, sondern als Sabotage gewertet (Leonov 2013). Mangelndes „Bewusstsein“ der ehemaligen Unterdrückten, das sich in „antisozialem“ Verhalten niederschlug, erschien sogar gefährlicher als der Widerstand der ehemaligen Unterdrückter.

Doch die ganze Dimension der Differenzen kam ab Frühling 1918 ans Licht, als sich die Frage stellte, wie die sozialistische Wirtschaft in Russland aussehen könnte. Die Bolschewiki konnten BäuerInnen kaum etwas für die dringend benötigten Lebensmittel anbieten. Es wurde unmissverständlich klar: die bäuerlichen Vorstellungen von Sozialismus waren mit gesamtgesellschaftlicher Planung kaum kompatibel, während die bolschewistische Konzeption durchaus Zwangsmaßnahmen gegen vormals Verbündete in Kauf nahm.

Dabei schienen beide Konfliktparteien der Meinung zu sein, den Sozialismus gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Die BäuerInnen verteidigten faktisch vom Eigentümerstandpunkt ihr Land und ihre Arbeitsprodukte gegen den fremden Zugriff; der neue Staat forderte von ihnen im Namen der Revolution die Produkte ihrer Arbeit, ohne ihnen etwas anbieten zu können. Zumal solche politischen Termini wie „Sozialisierung“ oder „Nationalisierung“ von Grund und Boden von Anfang an sehr unterschiedlich interpretiert wurden. (Šmelev 2002) Dass der Boden den Grundbesitzern entrissen werden sollte, darin waren sich alle linken Kräfte im Russischen Reich einig. Uneinigkeit herrschte vor allem darüber, wem der Boden dann gehören sollte: der Dorfgemeinschaft, den einzelnen BäuerInnen, den Kommunen, dem Staat? Darf der enteignete Boden verpachtet werden? Was sollte mit denjenigen BäuerInnen passieren, die in der Folge der Stolypin-Reform aus der Obschtschina austraten und nun alleine wirtschafteten? Außerdem war Obschtschina keineswegs überall in Russland verbreitet. 1917 und auch Anfang 1918 sprachen Bolschewiki nicht von Verstaatlichung des Bodens (ebd.). Über die konkrete Verwirklichung des Slogans „Land den Bauern“ herrschte Uneinigkeit, sogar derart, dass sie ab Frühling 1918 die Form eines bewaffneten Konflikts zwischen den Bolschewiki und den BäuerInnen annahm. Dieser Konflikt wirkt bis heute identitätsstiftend für verschiedene Fraktionen der Linken.

Der wahre Preis für die Machtübernahme im Oktober 1917 war wesentlich höher, als die Bolschewiki zunächst erwartet hatten. Wie Sergej Pavljučenkow (1997: 150) zeigt, verloren diese in der ersten Hälfte von 1918 nicht nur die Unterstützung der BäuerInnen, selbst die Angehörigen der Roten Garden in den Städten waren in einigen Regionen bereit, gegen die Bolschewiki zu kämpfen.

Für einige Autoren ist die gewaltsame Unterdrückung der ArbeiterInnen- und BäuerInnenproteste ein eindeutiger Beleg sowohl für den antisozialistischen Charakter der Bolschewiki als auch für das emanzipatorische Potenzial der besagten

Proteste. Wie Cohn-Bendit sehen bis heute viele AutorInnen in den Räten und Fabrikkomitees eine linke Gegenkraft zur bürokratisierten Kaderpartei. (vgl.: Cohn-Bendit 1997: 240ff.; Danyluk 2012). Dabei werden diese Institutionen immer nur als Ausdruck des Radikalismus der arbeitenden Bevölkerung gesehen, während die inzwischen gut erforschten Beispiele für die Kompromissbereitschaft gegenüber den bürgerlichen Kräften aus dem Blickfeld geraten. (Vgl. hierzu Badcock 2007) Die obsessive Suche nach den linken Alternativen zu Bolschewismus umfasst nicht nur politische Parteien und Institutionen. Der Widerstand von unten wird häufig unter Abstraktion von deren politischen Forderungen zum Hoffnungsträger der Emanzipation ausgerufen. Viele AutorInnen der besagten Richtung sehen in den Bolschewiken lediglich eine Variante der kapitalistischen Modernisierung, die sich gegen die solidarische russische Dorfgemeinschaft („Obschtschina“, „Mir“) bzw. die „revolutionäre Basisgemeinde“ mit „kommunitären und egalitären Werten“ durchsetzte (vgl. *Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells* 1992: 9-27; Dam'è 2013, Hartmann 2016). Die Tatsache, dass im „Kriegskommunismus“ massiv Zwang und Kontrolle zum Zug kamen, macht es in Augen dieser AutorInnen zu einem Fall von kapitalistischer Modernisierung, zwar mit ausgeprägten Besonderheiten, aber dennoch nicht zu einem sich vom Kapitalismus unterscheidenden Wirtschaftsmodell (zur Kritik vgl. van der Linden 1993, 158f.). Diese an die Vorstellungen der Narodniki unmittelbar anknüpfende Konzeption ignoriert einerseits beharrlich die marktwirtschaftlichen Elemente, die in der Dorfgemeinschaft durchaus vorhanden waren und Bauern zu aktiven Teilnehmern des Handels machte (Christoforov 2016); sie abstrahiert zudem von den unterschiedlichen Produktionszwecken des bolschewistischen und des marktwirtschaftlichen Wirtschaftsmodells.

Wie sich die Vorstellung von zum Sozialismus strebenden BäuerInnen, die lediglich von der Staats- und Parteibürokratie daran gehindert wurden, mit deren massenhafter Beteiligung an Schwarzmarktaktionen verträglich ist, eine Frage, die die VertreterInnen dieser Theorie kaum beantworten können (zum Schwarzmarkt während des „Kriegskommunismus“ vgl. Davydov 2007). Vadim Damier stellt die These auf, die Gemeinschaft der BäuerInnen war nicht an Handel, sondern am „direkten Tausch von Gütern“ interessiert, gibt aber selber zu, dass das Desinteresse an Geld durch Inflation verursacht wurde (Dam'è 2013: 59).

Die Probleme, die die Bolschewiki mit den BäuerInnen hatten, prägten auch das Verhältnis der Landbevölkerung zu ihren GegnerInnen, sowohl der Weißen Armeen, als auch zu den diversen Nationalbewegungen. Die Dorfbevölkerung hätte im Zweifelsfall subsistenzwirtschaftlich überleben können, der Rest des Landes hatte diese Möglichkeit nicht. Daher griff jede politische Macht in den Städten früher oder später zu Zwangsmaßnahmen gegen das Dorf. So hat das von den rechten SozialrevolutionärInnen dominierte Komitee der Mitglieder

der konstituierenden Versammlung (Komutsch) gegen Herbst 1918 faktisch den freien Handel mit Brot eingefroren und Getreiderequisition eingeführt. (Kondrašin 2009: 95) In der Folge waren die unzähligen ländlichen Aufstände oft gegen alle Kriegsparteien gerichtet. Der Verklärung dieser „dritten Macht“ des Bürgerkrieges dürften neuere Studien wie die Biografie von Felix Schnell (2012) über die Gruppenmilitanz in der Ukraine oder der von Anton Posadskij (2014) herausgegebene Sammelband über die Entwicklung der bäuerlichen Veteranen des Ersten Weltkrieges zu Warlords des Bürgerkrieges entgegenwirken. Pogrome und Raubzüge gegen die Städte waren ständige Begleiterscheinungen der Aufstände, die Dorfgemeinschaften agierten als kollektive Eigentümer ihres Bodens und waren durchaus bereit, von der Hungersnot in den Städten zu profitieren.

Der Widerstand der ArbeiterInnen während des Kriegskommunismus genießt ebenfalls zunehmendes Forschungsinteresse. Dmitrij Čurakovs Studie zu den Fabrikkomitees („Fabzawkomy“) zeigt, dass diese Organe, die sowohl zu den Gewerkschaften als auch zu den Räten in Konkurrenz standen, vor der Verstaatlichung der Industrie oft um staatliche Hilfe für ihre Betriebe kämpfen mussten (Čurakov 2004; 2005). Die bolschewistische Führung verdächtigte die Komitees, „Schornsteinpatriotismus“ zu pflegen und mit den UnternehmerInnen zu kooperieren. Tschurakow sieht, durchaus dem Narodniki-Paradigma folgend, einen Antagonismus zwischen denjenigen Aktivisten, die in Jahren des politischen Exils die großen Gewerkschaften der Industrieländer kennengelernt haben, und den AnhängerInnen des aus der Dorfgemeinschaft kommenden Solidaritätsmodells, die überbetriebliche Organisation ablehnten. Die Fabrikkomitees waren wichtige Organisatoren des „direkten Austauschs“ mit dem Dorf, indem sie Ausnahmegenehmigungen für das Einführen von auf dem Land eingetaushtem Brot vergaben (Borrero 2003: 89ff). Generell begannen immer mehr Angehörige des Industrieproletariats während des Kriegskommunismus sich an den illegalen und halblegalen Tauschgeschäften zu beteiligen. Die bolschewistische Führung und diverse Zeitzeugen konstatierten nicht nur den Verfall der Arbeitsdisziplin in den Fabriken, sondern auch ein zunehmendes Abrutschen der ArbeiterInnen in die Kriminalität (Buldakov 2012: 206ff). Selbst aus den ArbeiterInnen zusammengesetzte „Prodotrjady“ (Requisitionseinheiten) begannen sich an Schmuggel und Tausch von Lebensmitteln zu beteiligen (Davydov 2014: 332f). Währenddessen war die schlechte Versorgung einer der häufigsten Gründe, warum Rotarmisten desertierten (Levšin 2011). Der „Kriegskommunismus“ schuf einen Teufelskreis bei der Versorgungslage der Bevölkerung: Der Schwarzmarkt machte dauerhafte Planung unmöglich, die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung schufen neue Wellen der Unzufriedenheit und korrumpierten häufig diejenigen, die die Aktionen unmittelbar ausführten. Die Duldung von Schwarzmarkt untergrub den egalitären Anspruch der neuen sowjetischen Ordnung. Wer als halbverhungertes

Stadtbewohner die Zulassung von Freihandel forderte, vermisste das Angebot an Lebensmitteln; aber das Problem, wie die eigene Nachfrage bezahlt werden könnte, wurde dann nur mit Diebstählen im Betrieb oder durch die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für den Tausch während der eigenen Arbeitszeit gelöst. Die Landbevölkerung, die sich ihren Traum vom eigenen Boden erfüllte, machte keinen Unterschied zwischen Ausbeutung und Mehrarbeit. Das Dorf wollte nicht wissen, wer aus den Städten die Lebensmittel haben wollte und wofür – es sah seine historische Chance, dem Rest der Gesellschaft die eigenen Bedingungen zu diktieren. Wenn die staatlichen Preise zu niedrig waren, wurde weniger gesät. Die Folge war, dass immer weniger Lebensmittel vorhanden waren. Die Loyalität musste wiederum mit Privilegien erkauft werden. Die Entscheidungen über gesellschaftliche Arbeit, die eine gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Voraussetzung hat, wurde faktisch unmöglich. Im Mai-Juni 1918 kam es zu einer Welle von ArbeiterInnenprotesten, die sich an manchen Orten als Bewegung der „Fabrikbeauftragten“ (Vertrauensleute) organisierten. Es lässt sich aus den Forderungen der Protestierenden kaum eine linksradikale Kritik von an den Bolschewiki ablesen. Als Reaktion auf die schlechte Versorgung verlangten sie unter anderem die Wiedereinberufung der im Namen der Rätewahl aufgelösten Konstituierenden Versammlung, als Kritik am Lebensmittelkartensystem wurde teilweise die Wiederzulassung von Marktmechanismen verlangt (Pavlov 2002).

Die größten Erfolge verzeichnete der Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Bolschewiki dort, wo die Industriearbeit noch im Zarenreich gewisse Privilegien in Form von höheren Löhnen und sozialen Schutzmaßnahmen genoss – wie in den staatlichen Waffenfabriken von Ischewsk, wo ein Drittel aller Schusswaffen Russlands hergestellt wurde. Dort gingen die Proteste der ArbeiterInnen im August 1918 in einen bewaffneten Aufstand über. Der Hintergrund war das Anwachsen der Spannungen zwischen den alteingesessenen ArbeiterInnen, die teilweise eigene Häuschen und Gärten besaßen, und den neu hinzugezogenen, unqualifizierten ArbeiterInnen, die an den Privilegien nicht teilhatten. Die ersteren unterstützten die gemäßigten sozialistischen Parteien, die zweiten Bolschewiki und Sozialrevolutionäre-MaximalistInnen –, eine linksradikale Abspaltung der Sozialrevolutionäre, die in Ischewsk alsbald ihre Hochburg haben sollten. Das bolschewistisch-maximalistische Bündnis versuchte, die Häuser der Alteingesessenen zu „vergesellschaften“ und ihren meist in Baracken wohnenden Unterstützern zur Verfügung zu stellen. Nachdem die Bolschewiki und MaximalistInnen zweimal die Wahlen zum örtlichen Sowjet gegen die gemäßigten SozialistInnen verloren, griffen sie zu repressiven Mitteln und lösten den Sowjet auf. Dies brachte das Fass zum Überlaufen. Die Aufständischen brachten ein Gebiet mit ca. einer Millionen Menschen unter ihre Kontrolle. Jedoch fanden sich auch die Ischewsker Verteidiger der Räte gegen den Führungsanspruch der

bolschewistischen Partei schon bald im Lager der „weißen“ Konterrevolution wieder. Sie erkannten die „weißen Regierungen“ – erst das von Sozialrevolutionären dominierte Komitee der Mitglieder der konstituierenden Versammlung (Komutsch), später das bürgerlich-liberale Ufimer Direktorium und schließlich den Militärmachthaber Admiral Koltschak – an und lieferten ihnen Munition, gleichzeitig kämpfte die bis zu 25.000 Personen zählende aufständische Armee gegen die Bolschewiki unter der roten Fahne. Bis November 1918 kontrollierten die Aufständischen die Umgebung, danach räumten sie Ischewsk und schlossen sich den weißen Truppen von Koltschak an (Fel'dman 2012). Bezeichnenderweise hatte die aufständische Lokalverwaltung am Ende zu ähnlichen Maßnahmen greifen müssen wie zuvor die Bolschewiki: Zwangsmobilisierung, unbezahlte Extraschichten in den Fabriken, Lebensmittelabgaben zu festen Preisen (Čurakov 2007: 202f.).

Die Protestgeschichte von ArbeiterInnen und BäuerInnen in Sowjetrußland zeigt, wie widersprüchlich die Vorstellungen davon waren, was die sich bekämpfenden Akteure als „Sozialismus“ bezeichneten. Die streikenden ArbeiterInnen und die rebellierenden BäuerInnen übten eher selten Kritik von „links“ an der bolschewistischen Politik. Sie waren fast immer gegen die Rückkehr der KapitalistInnen und Großgrundbesitzenden, sahen aber in der Produktion für den Verkauf auf den Märkten, sei es durch Handwerk, sei es durch BäuerInnen, keinen Widerspruch zum Sozialismus. Die Bolschewiki, die solche Märkte mit allen Mitteln zu unterbinden versuchten, konnten bis zum Ende des Bürgerkrieges die regen Schwarzmarktaktivitäten nicht verhindern. Vor diesem Hintergrund wird nicht klar, was solche Autoren wie Detlef Hartmann oder Vadim Dam'e (Vadim Damier) zu der Schlussfolgerung verleitet, die Bolschewiki hätten von Anfang an für einen Staatskapitalismus gekämpft, während der Widerstand der ArbeiterInnen und BäuerInnen per se so etwas wie eine authentische sozialrevolutionäre Perspektive dargestellt habe (Dam'e 2013; Hartmann 2016). Für Hartmann (2016) belegt schon der positive Bezug der Bolschewiki auf den Taylorismus die kapitalistische Ausrichtung ihres Projekts, während er bei den BäuerInnen eine ominöse „moralische Ökonomie“ zu entdecken vermag. Dass der Hunger in den Städten den Tauschkurs für die Lebensmittel in die Höhe trieb, was den „direkten Tausch“ für die BäuerInnen sehr profitabel machte, wird in dieser Betrachtungsweise schlicht unterschlagen. Am Ende des „Kriegskommunismus“ verschwanden aus manchen städtischen Wohnungen die Möbel – sie wurden für Brot eingetauscht. (Vgl.: Ball 1990: 88; Buldakov 2012: 238) Womit hätten die StadtbewohnerInnen im nächsten Jahr ihre Lebensmitteln bei den „sozialistischen“ BäuerInnen bezahlen sollen? Der verklärende Blick solcher Autoren sieht in allen Regungen „von unten“ vor allem das, was er sucht. Aus der Kritik an der Avantgardekonzeption wird schlicht der Umkehrschluss gezogen, dass die Massen

bereits alles über die Gesellschaft wissen und die Versuche der Intellektuellen, ihre theoretischen Konzeption „von außen“ an sie heranzutragen, lediglich das authentische widerständige Potenzial verfälschen und bändigen würden.

Letztendlich offenbaren solche Diagnosen die Problematik des eigenen Begriffsapparats. Hartmann (2016) zeigt sich überzeugt: „Nach allem stellte der durch den ‚Roten Oktober‘ eingeleitete Prozess nur einen Strang im Gesamtspektrum der globalen fordistisch/tayloristischen Offensive auf dem kapitalistischen Weg in eine Gesellschaft von Massenproduktion und -konsum dar.“ Wenn als Indiz für das Vorhandensein der kapitalistischen Verhältnisse schon Massenkonsum und die ihn ermöglichende Massenproduktion dienen, dann verschwindet jeglicher Unterschied zwischen den Produktionszielen in der Markt- und der Planwirtschaft. Schließlich ist es noch keine Parteiname für den Realsozialismus sowjetischer Prägung festzustellen, dass die Wirtschaft in diesen Gesellschaften sich wesentlich von Kapitalismus unterschied, auch wenn der Arbeitsalltag hier und dort gleichermaßen hart war. Die Existenz von Fließbändern ist ein Indiz für die Härte, aber sie erklärt noch nicht, was mit den Produkten, die mit ihrer Hilfe produziert werden, weiter geschieht. Die fehlende Möglichkeit, die Entscheidungen über Rhythmus der Produktion zu treffen, ist noch kein hinreichender Beweis dafür, dass sie mit der kapitalistischen Produktionsweise identisch ist. Soll der Begriff „Kapitalismus“ eine analytische Kategorie sein und nicht bloß ein pejorativer Ausdruck, muss nicht nur die „Mikroebene“ des Arbeitsalltags, sondern auch die „Makroebene“, die Ziele des neuen Staates und die Wirtschaft berücksichtigt werden.

Unter der Berücksichtigung all dessen, was heute über die Forderungen der antibolschewistischen Proteste in Sowjetrußland während des „Kriegskommunismus“ bekannt ist, kann keine ernst zu nehmende Kritik an den Bolschewiki, ihren Praktiken und ihren Vorstellungen die kritische Auseinandersetzung mit den Programmen ihrer proletarischen und bäuerlichen GegnerInnen außer Betracht lassen. Die Widersprüchlichkeit ihrer Forderungen erlaubt es nicht, sie zu den „wahren TrägerInnen“ der sozialen Revolution zu verklären.

Dass die Differenzen zwischen den Bolschewiki und den sozialen Gruppen, die sie im Oktober 1917 an die Macht brachten bzw. ihren Aufstieg tolerierten, rasant wuchsen, lässt sich nicht bestreiten. 1918 scheiterte die bolschewistische Vorstellung, dass die Räte den sozialistischen Kurs in ihrem Sinne garantieren würden. Mehr noch: In diesem Jahr erfuhr die Konzeption, dass der exklusive Klassencharakter der Räte, die die ehemals unterdrückten Klassen mit aktivem und passivem Wahlrecht ausstatteten, Sicherheit gegen die restaurativen Tendenzen liefern würde, unübersehbaren Schiffbruch. In den Räten erhoben sich die Stimmen für die Rückkehr zum parlamentarischen Modell und für die Zulassung des Privathandels. Der Ischewsker Aufstand war kein Einzelfall – in

Baku und in Transkaspien (heutiges Turkmenistan) schlossen die im Sommer 1918 gegründeten antibolschewistischen Räteregierungen binnen kurzer Zeit Bündnisse mit der Entente und den Weißen (Suny 1972; Kasakow 2014). Faktisch gaben die von der bolschewistischen Kontrolle befreiten Räte ihre exklusiven Machtpositionen freiwillig auf.

In der bolschewistischen Vorstellung war der Bürgerkrieg ein Krieg der Klassen. Doch es hat sich schnell erwiesen, dass die Zugehörigkeit zu den ausgebeuteten Klassen keineswegs eine prorevolutionäre politische Position garantierte, sodass die zum revolutionären Subjekt erklärten Proletarier in Wirklichkeit oft die Seiten wechselten. Das Eingeständnis, dass die von ihnen ausgerufenen „Diktatur des Proletariats“ keineswegs eine Diktatur der ehemaligen Unterdrückten über ihre früheren Unterdrücker war, sondern sich immer häufiger gegen die eigenen „Klassenbrüder“ mit mangelhaftem „Bewusstsein“ richtete, fiel den Bolschewiki nicht leicht. Sergej Pavljučenkov (1997: 149f; vgl. auch Poršneva 2013) verweist darauf, dass die ArbeiterInnen teilweise einen Friedensschluss mit den Weißen mit der Begründung forderten, auf der anderen Seite kämpften auch ProletarierInnen.

Dass die Bolschewiki die von ihnen zuvor selber propagierte Rätewacht bereits 1918 zugunsten der Macht der eigenen Partei ausgeschalteten, ergab sich nicht aus einem bereits vor dem Oktober 1917 angestellten Kalkül, sondern aus einer überraschenden gegenseitigen Enttäuschung zwischen der Partei und den Klassen, die die Bolschewiki an die Macht brachten, ohne ihr Programm jenseits von „Land und Frieden“ zu teilen. Die theoretischen Differenzen über das Wesen von Kapitalismus und Sozialismus bekamen sehr schnell eine praktische Bedeutung; und es ist nicht einfach nur dem Streben der „Kaderparteien“ nach theoretischer Klarheit anzulasten, dass die Gegensätze blutig ausgetragen wurden. Es gibt keine glaubhaften Belege dafür, dass Privilegien für FunktionärInnen und loyale SpezialistInnen, wie sie im Laufe des Bürgerkrieges zugestanden wurde, das eigentliche Ziel der Bolschewiki war, auch wenn AutorInnen wie Hartmann und Dam'ë es suggerieren (vgl. Dam'ë 2013; Hartmann 2016)

Die Räte, deren Untergang von vielen linken KritikerInnen als Ursache für das Scheitern eines „irgendwie besseren“ Sozialismus gilt (Pirani 2008), boten meist auch keine Alternativen jenseits von Markt und Staat. Ein Vorschlag, „Handel mit Brot wieder zu zulassen“, der zum Beispiel von den Matrosen von Kronstadt 1921 kam, konnte die Interessengegensätze zwischen Käufer und Verkäufer nicht aufheben. Gleichzeitig sahen sich diejenigen, die solche Vorschläge machten, keineswegs als RestauratorInnen des Kapitalismus, sondern waren ihrem Selbstverständnis nach überzeugte SozialistInnen (Kasakow 2012).

Die Räte sind bis heute ein fester Orientierungspunkt im linken Diskurs. Die Vorstellung, ein anderes Demokratiemodell bringe per se auch inhaltlich

andere Beschlüsse, scheiterte während der Russischen Revolution radikal. Die AnhängerInnen dieser Vorstellung gingen und gehen bis heute davon aus, dass in ihrem Sinne richtige Positionen sich in einem irgendwie richtig justierten Demokratiemodell durchsetzen würden. Als die Bolschewiki feststellten, dass diese Erwartung keineswegs aufging, verwarfen sie die Form zugunsten des Inhalts. Diejenigen KritikerInnen, die heute deren Politik im Namen einer „wahren“ Rätemacht kritisieren, wiederholen lediglich deren Ausgangsirrtrum.

Literatur

- Badcock, Sarah (2007): *Politics and the People in Revolutionary Russia. A Provincial History*. Cambridge.
- Ball, Alan M. (1990): *Russia's Last Capitalists. The Nepmen, 1921–1929*. Berkeley/LA.
- Borrero, Mauricio (2003): *Hungry Moscow: Scarcity and Urban Society in the Russian Civil War, 1917–1921*. New York.
- Buldakov, Vladimir (1997): *Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revoljucionnogo nasilija*. Moskva.
- (2012): *Utopija, agresija, vlast'. Psychosocial'naja dinamika, postrevoljucionnogo vremeni. Rossija, 1920–1930 gg.* Moskva.
- Christoforov, Igor' (2016): *Moment istiny? Pervaja rossijskaja revoljucija i krest'janskij vopros*. In: *Rossijskaja istorija* Nr. 4: 90–96.
- Cohn-Bendit, Daniel/Cohn-Bendit, Gabriel (1968): *Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*. Reinbek bei Hamburg.
- Čurakov, Dmitriij (2004): *Revoljucija, gosudarstvo, rabočij protest: Formy, dinamika i priroda massovyh vystuplenij rabočih v Sovetskoj Rossii. 1917–1918 gody*. Moskva.
- (2005): *Fabzavkomy v bor'be za proizvodstvennuju demokratiju: Rabočee samoupravlenie v Rossii 1917–1918*. Moskva.
- (2007): *Buntujuščie proletarii. Rabočij protest v Sovetskoj Rossii (1917–1930 gg.)*. Moskva.
- Dam'e, Vadim (2013): *Stal'noj vek. Social'naja istorija sovetского obščestvo*. Moskva.
- Danyluk, Roman (2012): *Befreiung und soziale Emanzipation. Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus*. Lich.
- Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells* (1992). *Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontationen mit dem sozialistischen Akkumulationskommando* [Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4], Berlin-Göttingen.
- Davydov, Aleksandr (2007): *Meščoniki i diktatura v Rossii. 1917–1921*. SPb., 2007.
- (2014): *Narod I Sovetskoe gosudarstvo v Graždanskoj vojne: Protivostojanie v bor'be za chleb, in: Malen'kij čelovek i bol'ščaja vojna v istorii Rossii. Seredina XIX–Seredina XX v.* SPb: 318–335
- Fel'dman, Michail (2012): *Iževsko-Votkinskoe rabočee vosstanie skvoz' prizmu social'noj istorii Rossii*, In: *Rossijskaja istorija* Nr. 3: 14–20.
- Figes, Orlando (1998): *Die Tragödie eines Volkes: Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*. Berlin.
- Gietinger, Klaus (2011): *Die Kommune von Kronstadt*. Berlin.
- Hartmann, Detlef (2016): *Revolution und Gegenrevolution*. URL: www.materialien.org/texte/hartmann/Revolution_und_Gegenrevolution.html, Zugriff: 29.4.2017.
- Karsch, Stefan (2006): *Die bolschewistische Machtergreifung im Gouvernement Voronez (1917–1919)*. Stuttgart.

- Kasakow, Ewgenij (2012): *Mythos Kronstadt. Im Spiegel aktueller, russischer Veröffentlichungen.* In: *Gäi Dào* Nr. 17: 27-33.
- (2014): „Tendenz zeigt Tendenz“. *Eine Replik auf die Kritik von Roman Danyluk und Stefan Junker.* In: *Grundrisse* Nr. 50: 43-49.
- Kondrašın, Viktor (2009): *Krest' janstvo Rossii v Graždansko vojne: k voprusu ob iskoch stalinizma.* Moskva.
- Leonov, Sergej (2013): Rospusk Petrogradskogo VRK i sozdanie VČK. In: *Voprosy istorii* Nr. 11: 38-52.
- Levšin, Konstantin (2011): *Pričiny desertirstva v Krasnoj Armii (1918–1921 gg.)* In: *Novejšaja istorija Rossii.* Nr. 2: 73-79.
- Pavljučenkov, Sergej (1997): *Voenmyj kommunizm v Rossii: Vlast' i massy.* Moskva.
- Pavlov, Dmitrij (2002): Sobranija upolnomočennych fabrik i zavodov Rossii. Problemy izučeniya rabočego dvizenija v Rossii posle oktjabrja 1917 goda. In: *Otečestvennaja istorija* Nr. 2: 134-146.
- Pirani, Simon (2008): *The Russian revolution in retreat, 1920–24: Soviet workers and the new communist elite.* London.
- Poršneva, Ol'ga (2013): Vlast' i rabočie Urala: evoljucija vzaimootnošenij v uslovijah Graždanskoj vojny. In: *Rossijskaja istorija* Nr. 1: 47-62.
- Posadskij, Anton (Sost.) (2014): *Ot „germanskoj“ k graždanskoj. Stanovlenie korpusa narodnyh vožakov ruskoj smuty. Sbornik statej i materialov.* Moskva.
- Šmelev, Gelij (2003): *Nacionalizacija zemli v teoretičeskich schemach bol'ševikov i v real'nosti,* in: *Voprosy istorii.* Nr. 2: 31-49.
- Schnell, Felix (2012): *Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905-1933.* Hamburg.
- Suny, Reginald G. (1972): *The Baku Commune 1917–18. Class and Nationality in the Russian Revolution.* Princeton.
- van der Linden, Marcel (1992): *Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion.* Frankfurt/M.
- Volin (2013): *Die unbekannte Revolution,* mit Einleitungen von Roman Danyluk und Philippe Kellermann. Berlin.